Offene Bürgerschulen:

Ankommen im 21. Jahrhundert – Lernen neu denken (Teil 2)

In Nummer 6/2013 von ‚Schule im Blickpunkt' wurden in einem ersten Teil der gesellschaftliche Wandel und neue Formen der Beteiligungskultur sowie Veränderungen bei heutigen Grundlagen des Lernens von Kindern und Jugendlichen thematisiert. Sie zusammen begründen die Konzeption der Offenen Bürgerschule, deren Eckpunkte, Maximen und Bürgerbeiratsstrukturen dargestellt wurden. Daran schließt sich nun eine Beschreibung des aktuellen Netzwerkprojekts und einer differenzierten Anwendbarkeit dieser Konzeption an.

Umrisse des Pilotprojekts Offene Bürgerschule

In knappen Stichpunkten sollen die Konturen des ‚Netzwerkprojekts Offene Bürgerschule' skizziert werden:

Startpunkt

- Noch vor der Landtagswahl 2011 machten sich einige Schulen im Land auf den Weg, ‚Offene Bürgerschulen' zu werden. Gemeinderäte, Lehrerkollegien und Schulkonferenzen hatten dies jeweils 2010/11 vor Ort beschlossen.
- Ausgangspunkt war eine gemeinsame Initiative der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg und mehrerer Schulträger.
- In einem Hearing 7/2010 bereits wurden Eckpunkte und Maximen mit Schul- und Elternvertretern abgestimmt.

Kommunen / Schulen

- In allen vier Regierungsbezirken des Landes Baden-Württemberg, verteilt auf verschiedene Standorte, entwickeln sich Schulen zu Offenen Bürgerschulen.
- Sie umfassen aktuell die Schularten Grundschule, Hauptschule/Werkrealschule, Realschule, Gymnasium, Aufbaugymnasium, Gemeinschaftsschule. Die Schulen entscheiden, ob sie ihre Schulart erhalten oder spezifisch weiter entwickeln.
- Neben vier kommunalen sind auch zwei konfessionelle Schulträger beteiligt.
- Das Projekt wird ohne Bezuschussung mit Landesmitteln durchgeführt.

Konzeption

- „Offene Bürgerschulen" stellen also keine weitere Schulart, sondern eine neue Konzeption von Lernen dar, die die Bildungsprozesse der Kinder und Jugendlichen stark mit Orten und Menschen im Gemeinwesen verbindet, daher die Bezeichnung „Offene Bürgerschule".
- Schulbezogene *Bürgerbeiräte* begünstigen eine unterstützende Mitwirkung von bürgerschaftlichen Kräften in den Lernprozessen.
- Maximen und Eckpunkte formieren die Offene Bürgerschule als eine Rahmenkonzeption mit hohen Freiheitsgraden für lokale Profilbildungen.

Begleitung

- Das Netzwerkprojekt wird durch die Pädagogische Hochschule Ludwigsburg (konzeptionell-fachlich; wissenschaftlich-evaluativ; Außendarstellung) begleitet.
- Netzwerktreffen mehrmals im Jahr sowie individuelle Beratung durch Mitarbeiter der PHL gewährleisten die Entwicklung der Schulen hin zur Offenen Bürgerschule.
- Eine ideelle Unterstützung des Projekts durch Vertreter der Politik, der Kirche, des Sports, der Jugendarbeit und der Wirtschaft wurde in verschiedenen Gesprächen deutlich.

Vorteile: mehrfache Vitalisierung

Die bisherigen Entwicklungen und Erfahrungen verdeutlichen …

- eine hohe *Offenheit* der Bürger/-innen zum Einstieg in die-se Konzeption;
- eine *Vitalisierung des Lernens der Schüler* durch externe Lernpartner und Lernorte; sie gewinnen mehr Lernmotivation und erinnerungsstarke Lernergebnisse;
- eine *Vitalisierung des Gemeinwesens* für die Schule insbesondere durch die Bürgerbeiräte; mehr Identifikation mit der lokalen Schule, sowohl seitens der engagierten Bürger- als auch der Elternschaft;
- vergleichsweise *zügige Schulentwicklungsprozesse,* angetrieben durch den Austausch zwischen den Schulen in den Netzwerktreffen;
- dass für die Weiterentwicklung der *Schullandschaft* insbesondere im ländlichen Raum die Offene Bürgerschule verschiedene Optionen bereitstellt.

Bürgerschule und Schulentwicklung

Die Erfahrungswerte im Pilotlauf verdeutlichen eine gewisse Potenzialität der OBS-Konzeption auch im Kontext von Schulstrukturplanung, die noch angesprochen werden soll.

Offene Bürgerschule als Rahmenkonzeption mit lokalen Spielräumen

Die Zeit der ‚Schulen von der Stange' ist tendenziell abgelaufen. Einheitsmodelle weichen heute stark lokal angepassten Profilbildungen. Die „Offene Bürgerschule" versucht dem Rechnung zu tragen, indem sie sich als eine „Rahmenkonzeption" versteht, d. h. sie ist in ihren Konturen bewusst so weit gehalten, dass sich klare Erkennbarkeit mit deutlichen Spielräumen für schulart- und kontextbedingte Profilbildungen vor Ort verbinden lässt, die angesichts der Einbindung externer Orte und Menschen unabdingbar sind.

Offene Bürgerschule als intra- und interkommunale Gesamtkonzeption

Nicht nur eine einzelne Schule, sondern mehrere Schulen in einer Kommune bzw. Raumschaft können sich gemeinsam

als „Offene Bürgerschule“ verstehen und formieren, wie etwa in Schwieberdingen inzwischen der Fall, wo die neu entstehende Gemeinschaftsschule sich zugleich als Teil einer lokalen Offene Bürgerschule verstehen will.

Eine Chance stellt die Offene Bürgerschule möglicherweise auch dort dar, wo mehrere Kommunen sich künftig Gedanken über einen interkommunalen Zusammenschluss im Sekundarschulbereich machen. Sie könnte das überspannende konzeptionelle Dach für mehrere Lernstandorte bilden, unter dem dann zwischen den beiden Extremen ‚*Viele* autonome Kleinstschulen‘ und ‚Nur noch *ein* Mittelpunktschulgebäude‘ neue lokal passende und sozialverträgliche Wege der Kooperation gefunden werden könnten (vgl. Abb. ‚OBS als intra- und interkommunale Gesamtkonzeption‘). Man müsste nicht Schulen zur Aufgabe ihres Schulartprofils oder ihrer rechtlichen Eigenständigkeit drängen, was die interkommunale Kommunikation nachhaltig belasten kann, sondern könnte gemeinsam nach neuen Strukturen mit Akzeptanzpotenzial suchen. Dabei hilft es, zunächst alte Bilder von Lernen und Schule zurückzulassen, was anhand zweier Punkte verdeutlicht werden soll:

(1) Bürgerschulen und die Kontur künftiger Schulen als zentrale Bildungsforen mit externen Lernsatelliten

Offene Bürgerschulen setzen ein grundlegend verändertes Bild von Lernen und Schule um. Die Schule versteht sich hier nicht als der dominierende Bildungsort, dem alle anderen zuzuarbeiten haben. Offene Bürgerschulen begreifen sich vielmehr als Teil eines ‚Netzwerks vielfältiger lokaler Bildungs- und Lernorte‘ mit unterschiedlichen Lernchancen und Verantwortlichen. In diesem Netzwerk sind sie eine entscheidende Plattform für das Anregen und Arrangieren, Vor- und Nachbereiten, ja das Katalysieren von Lernprozessen, die dann an unzähligen Stellen in Gemeinwesen und Schule ablaufen sollen und individuell angelaufen werden können. Die Schule von morgen gestaltet sich als zentrales Lernforum mit zahlreichen „Lernsatelitten“ im Umfeld. Hilfreich, ja unabdingbar ist dafür dann eine möglichst fußläufige Nähe der Schulstandorte zu den Lernorten und -partnern im Gemeinwesen, aus dem die Kinder und Jugendlichen kommen.

(2) Schulentwicklung in den Regionen: mit neuen Schulmodellen arbeiten

Die künftige Schulstrukturplanung stellt die Chance dar, nicht nur finanzielle Einsparziele zu verfolgen, sondern zugleich verschiedene Modelle umzusetzen, die ‚nach Zukunft riechen‘. Einsparen bedeutet nicht zwangsläufig, möglichst viele Lernstandorte dicht zu machen. Es geht um neue Formen der strukturellen Verflechtung sowohl zwischen Schule und Bürgergesellschaft als auch zwischen benachbarten Schulstandorten. Aus Gründen der Personalwirtschaftung erscheint es sinnvoll, sehr kleine schulische Einheiten stärker zu bündeln – aus Gründen des Lernens im 21. Jahrhundert ist es sinnvoll, möglichst zahlreiche bürger- und gemeinwesennah funktionierende Lernflächen zu erhalten bzw. zu ermöglichen.

Deshalb wäre eine Konzentration und Zentralisierung der Sekundarschulstandorte in den Städten, in denen ein Erschließen bürgerschaftlicher Kräfte erfahrungsgemäß schwieriger und auch das freie Bewegen der Schüler im Schulumfeld verkehrsbedingt riskanter ist als im dörflichen Bereich, inzwischen ein anachronistischer Vorgang. Mit einer solchen Zentralisierung versucht man verspätet den Prozess der Moderne fortzuführen, verkennend, dass wir längst in einer postmodernen, ja poststrukturalistischen Situation angelangt sind, in der ordnungspolitische Maßnahmen rasch auf Widerstand an der Basis stoßen und in verkanteten Situationen erstarren. Die künftige Beteiligungsgesellschaft macht eine räumliche Nähe von Schule und Bürgerpotenzialen unabdingbar (vgl. Maxime 1). Das Modell der *in sich geschlossenen kommunalen Einzelschule* passte in vergangene Jahrhunderte. Es ist überfällig, kreativ mit neuen Modellen der regionalen Schulverflechtung zu arbeiten und so Bildungsstrukturen für die Zukunft zu schaffen.

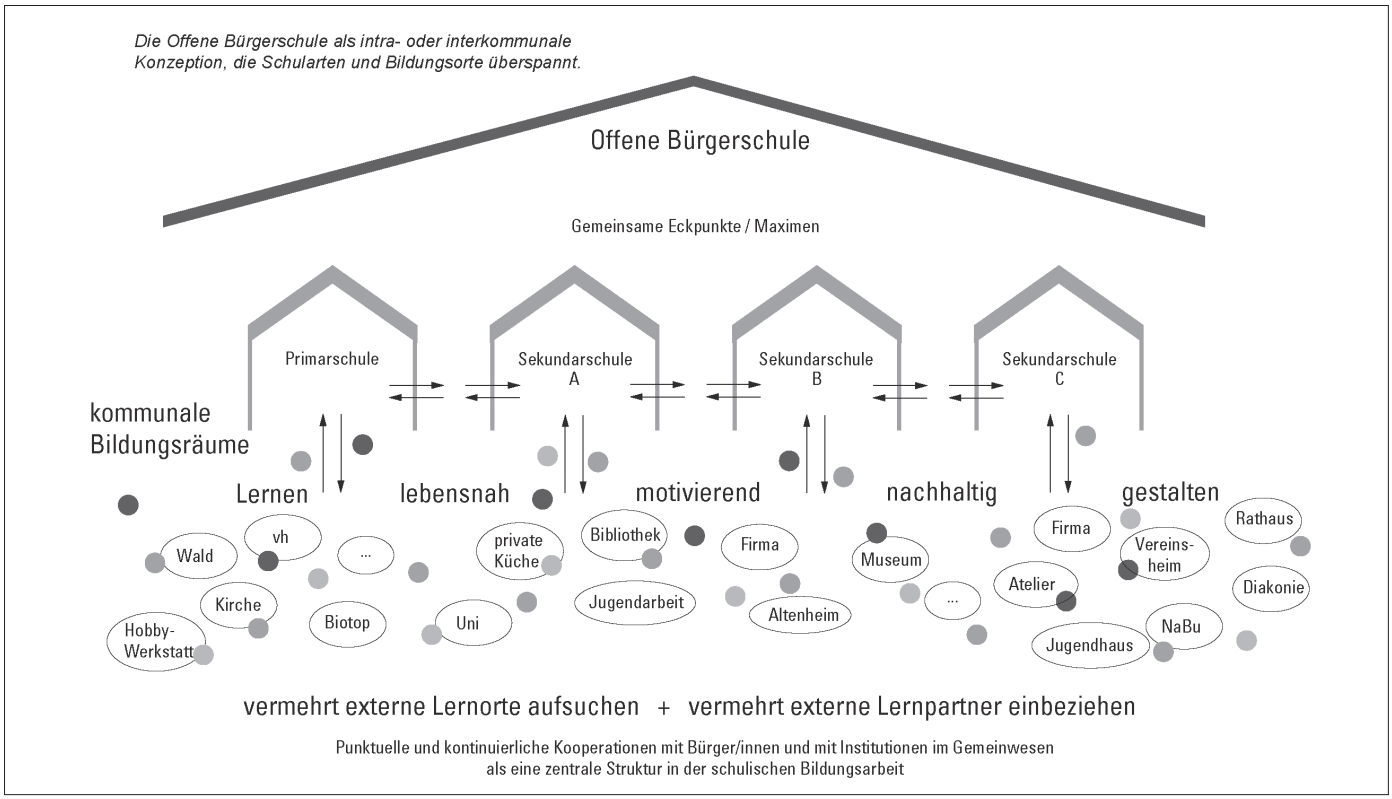
Politische Kontakte

Das Netzwerkprojekt verbindet Kommunen mit unterschiedlichster parteipolitischer Gemengelage; CDU-, SPD- und FDP-Kommunalpolitiker setzten sich 2010 gleichermaßen für seinen Start ein. Es ist parteipolitisch ungebunden. Im Februar 2012 besuchte Gisela Erler/GRÜNE, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, ein Netzwerktreffen der Offenen Bürgerschulen und verdeutlichte ihre klare Unterstützung von Konzept und Projekt (vgl. www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/erler-besucht-netzwerktreffen-offene-buergerschule/). Das im Februar 2011 gestartete Netzwerkprojekt führte im Juli 2011 ein Gespräch mit interessierten bildungspolitischen Vertretern der neuen Regierungsparteien in Baden-Württemberg, die den Innovationscharakter des Konzepts unterstrichen und den Beteiligten in einer Erklärung Unterstützung verdeutlichten (vgl. Abb. ‚Gemeinsame Ergebnisse des Gesprächs am 21.7.2011 im Landtag‘). Die Verantwortlichen im Netzwerkbeirat sind offen für den fachlichen Austausch mit schulischen Experten und Vertretern aller demokratischen Parteien. Die Ausweitung des Projekts über die bisherigen Standorte hinaus mit einer weiteren Gruppe von Schulen wurde hier als nächster möglicher Schritt ins Auge gefasst.

Prof. Dr. Martin Weingardt
Leiter der Abt. Schulpädagogik an der PH Ludwigsburg,
seit 2001 Mitglied des Landesschulbeirats

Kontakt

Näheres auch zu konkreten Kooperationen und Aktionen der Offenen Bürgerschulen lässt sich auch über die Internetpräsenz des Netzwerkprojekts www.offene-buergerschule.de erschließen. Interessierte können sich wenden an: PH Ludwigsburg Tel: 07141-140-862 (C. Knecht / M. Weingardt) oder info@offene-buergerschule.de.



OBS als intra- und interkommunale Gesamtkonzeption

Netzwerkprojekt Offene Bürgerschule

Gemeinsame Ergebnisse des Gesprächs am 21.7.2011 im Landtag von Baden-Württemberg

1. Politik und Kultusministerium nehmen das Netzwerkprojekt offiziell zur Kenntnis und stellen sich grundsätzlich wohlwollend zu dem Vorhaben, das auf eine Umsetzung der dargelegten Maximen und Eckpunkte von ‚offenen Bürgerschulen' auch im Kontext des Anliegens „Gemeinschaftsschule" zielt.
2. Insbesondere die Bestrebungen von Schulen des Netzwerkprojekts, bürgerschaftlich-partizipatorische und inklusive oder integrative Arbeitsformen zu entwickeln bzw. sich zu Gemeinschaftsschulen weiterzuentwickeln, werden ausdrücklich begrüßt und sollten von der Schulverwaltung vor Ort unterstützt werden.
3. Politik oder/und Kultusministerium sind darüber hinaus interessiert an den entstehenden Ergebnissen und Erfahrungswerten im Netzwerkprojekt auch als eine Art Pilot für denkbare weitere Netzwerkansätze etwa im Kontext der Entwicklung von Gemeinschaftsschulen. Die Beteiligung von großen und kleinen Schulen sowie unterschiedlichen Schularten im Projekt ist dafür konstitutiv.
4. Die anwesenden Politiker zeigen Interesse, das Gespräch mit dem Gesamtprojekt, seiner Leitung und seinen sonstigen Akteuren in weiteren politischen oder administrativen Kontexten zu vertiefen oder bei evtl. künftigen Diskursen / Fachgesprächen im Kontext des Netzwerkprojekts beteiligt zu sein. Expertise und Kompetenz solcher Akteure sind für die Bildungspolitik durchaus von Relevanz.
5. Auch regionale Abgeordnete können angesprochen werden hinsichtlich einer ideellen Unterstützung dieser Schulen, wenn es z. B. um die Gründung lokaler Bürgerbeiräte für die gemeinwesenorientierte Vernetzung der schulischen Bildungsarbeit oder um die PR-Aktivitäten einer Offenen Bürgerschule geht.

- *Die Bürgermeister, Vertreter von Privatschulträgern und Schulleiter der Netzwerkschulen*
- *Dr. Frank Mentrup MdL, Staatssekretär im Kultusministerium Baden-Württemberg (SPD)*
- *Siegfried Lehmann MdL, Vorsitzender des Bildungsausschusses des Landtags (DIE GRÜNEN)*
- *Christoph Bayer MdL und Dr. Stefan Fulst-Blei MdL, Bildungspolit. Vertreter der SPD-Fraktion*
- *Prof. Dr. Martin Weingardt, Pädagogische Hochschule Ludwigsburg, Projektleitung*

Literaturhinweise

Enquete-Kommission ‚Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements' (Hg.): Bericht Bürgerschaftliches Engagement: Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Opladen 2002.

Hartnuss, Birger: Bürgergesellschaft und Bildung. In: Journal für politische Bildung. H. 3/2011, S. 37-44.

Hattie, John: Lernen sichtbar machen. Schneider Verlag. Baltmannsweiler 2013.

Olk, Thomas/Hartnuß, Birger (Hg.): Handbuch Bürgerschaftliches Engagement. Beltz/Juventa. Weinheim u.a. 2011.

Weingardt, Martin (Hg.): Übergang Schule – Betrieb. Individuelle Lernprofile fördern. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren 2009. 3. überarb. Auflage. Ordner 1: Lernmodule Deutsch. Ordner 2: Lernmodule Mathematik.

Weingardt, Martin: Von der verordneten Schule zur neuen Bürgerschule. Zur Rückbindung der Schulen in bürgerschaftliche Netze von lokalen Bildungsorten. In: Schule im Blickpunkt H. 6/2010, S. 4-6.

Die Schule mit der Gemeinde vernetzen: Das ist die wichtigste Aufgabe des neuen Bürgerbeirats. Bild: Holm Wolschendorf

Engagierte Partner sollen Hauptschülern Brücken bauen

Die „offene Bürgerschule" in Schwieberdingen hat jetzt einen Bürgerbeirat gegründet

SCHWIEBERDINGEN

Die „offene Bürgerschule" in Schwieberdingen nimmt immer konkretere Formen an. Gestern hat ein Bürgerbeirat seine Arbeit aufgenommen. Er besteht aus Schwieberdinger Persönlichkeiten und soll der Grund- und Hauptschule helfen, Leben und Lernen zusammenzubringen.

VON PHILIPP SCHNEIDER

Die Ergebnisse der Studie sind bedenklich. „Nach einem Jahr erreichen Prüflinge nur noch fünf Prozent der Punkte ihrer Abschlussleistung", sagt Ilse Riedl, die Rektorin der Hermann-Butzer-Schule in Schwieberdingen. „Wir leben heute in einer komplexen Welt, da reicht es nicht mehr aus, wie im Mittelalter, Faktenwissen zu vermitteln."

Also baut sie ihre Schule seit dem Sommer in eine „offene Bürgerschule" um (wir berichteten). „Wir wollen weg von der Parallelwelt Schule, die im eigenen Saft schmort." Riedl will Unternehmen für Schüler öffnen und sich das Fachwissen aus der Gemeinde nutzbar machen. „Eine Bürgerschule hat mit der Gemeinschaftsschule nichts zu tun", klärt der Bürgermeister Gerd Spiegel auf. „Sie ist keine neue Schulform, die Teil unseres Gemeinwesens werden soll."

Ein wichtiger Baustein auf diesem Weg ist ein Bürgerbeirat. Er besteht aus fünf unterschiedlichen Schwieberdinger Persönlichkeiten, die der Butzer-Schule Brücken in den Ort bauen sollen – zur Gemeinde, zu Firmen oder zu Sportvereinen. Dabei sind Anita Sippel (Freie Wähler) und Sibylle Appel (SPD), die beide auch im Gemeinderat sitzen. „Ich habe immer für die Hauptschule gekämpft", sagt Appel, „auch wenn ich Gegenwind gespürt habe. Aber eine Gemeinde muss sich um ihre Kinder kümmern".

Mit von der Partie sind auch die beiden Jugendbegleiter Erika Kirsch und Jürgen Reichert. „Mir ist wichtig, dass Schüler auch über den Mittag betreut werden", sagt Kirsch. „Ich will, dass das Leben an der Schule stattfindet."

Ihr Kompagnon Reichert hat bereits Jugendliche im Sportverein trainiert und bereitet sich derzeit auf den Ruhestand vor. „Zu Anfang war die Arbeit mit den Schülern ein Schock für mich", gesteht Reichert. „Einigen fehlen Bezugspersonen, andere bekommen kaum Unterstützung." Hier will Reichert ansetzen und den Schüler etwa beim Übergang in den Beruf helfen. Er sagt: „Das ist eine spannende Angelegenheit."

Die Fünfte im Bunde ist Rita Härle. Sie hat einen Enkel, der die Butzer-Schule besucht. Ihr Mann Rainer hat für das Projekt, das drei Jahre an sechs Schulen im Land laufen soll, 3000 Euro gespendet. „Ich bin für einen ganzheitlichen Ansatz", sagt Härle. „Wir müssen auch das Selbstbewusstsein unserer Schüler stärken."

Abgerundet wird das Team von Bürgermeister Gerd Spiegel, Rektorin Ilse Riedl und Norman Fuchs-Strümpfig vom Verein „Für uns in Schwieberdingen". Weitere Mitstreiter sind willkommen, erste Signale gibt es aus den beiden Kirchen.

Eine konkrete Aufgabe hat sich der Bürgerbeirat auch schon gestellt. Im kommenden Sommer wollen sie einen „Bürger-machen-Schule-Tag" auf die Beine stellen. Die Idee: Schüler der Stufen sieben, acht oder neun erleben reale Berufssituationen bei Menschen, die sie möglicherweise aus einem anderen Kontext in der Gemeinde kennen. Auf dem Zettel stehen Blicke hinter die Kulissen eines Metzgers, Bäckers oder Steinmetzes. Im Juli könnte es so weit sein.

Die Kontakte soll der Bürgerbeirat knüpfen. Riedl: „Er ist viel besser vernetzt in der Gemeinde als uns Lehrerkollegium, das zu großen Teilen nicht in Schwieberdingen wohnt."

Es warten aber noch weitere Aufgaben auf den Bürgerbeirat. „Einer Handvoll Schüler eines Jahrgangs würde es guttun, wenn sie nach dem Abschluss noch in den Beruf begleitet werden", sagt Riedl.

Im Rahmen der Gründungssitzung begann der Bürgerbeirat in Schwieberdingen bereits mit konkreten Planungen für einen Bürger-machen-Schule-Tag, bei dem insbesondere Menschen mit spezifischen beruflichen Kompetenzen eingebunden wurden, sodass der Tag zur Berufsorientierung der Jugendlichen beitragen konnte.

Quelle: Ludwigsburger Kreiszeitung